

Rechtsextremismus und rechtsextreme Gewalt

Von Bernd Wagner

1. Einführung

Der Rechtsextremismus als ideologisches, politisches, kulturelles Syndrom hat sich nach der deutschen Einheit kräftig entwickelt. Er scheint derzeit einen vorläufigen Zenit jedoch überschritten zu haben. Er hat sich als historischer Block in der Gesellschaft dabei tiefgreifend verankert und historisch gesehen verstetigt. Er ist nicht, wie in den frühen 1990er Jahren durch die deutsche Politik daher gesagt, als geschichtliches Auslaufmodell verfallen.

Trotz einer derzeitigen politischen Schwäche ist der Rechtsextremismus historisch gesehen noch lange nicht im Abwind. Eher scheint es so, dass ein neuer Anlauf bevorsteht, der sich an verschiedenen Stellen in Veränderungsprozessen der rechtsextremen Ideologien, Moden und Organisationsweisen zeigt. Die Neu-Konstitution des Rechtsextremismus hat trotz vielfältiger Erfahrungen aus den 1990er Jahren erst in der Breite begonnen. Dadurch werden neue Zugänge in die Bevölkerung erschlossen, und die Organisationsweisen verändert. Junge Kader spielen eine zunehmende Rolle, ein Generationswechsel vollzieht sich, die Aktivisten der letzten zwanzig Jahre müssen jüngeren Kadern der rechtsextremen Bewegung Platz verschaffen. Der Rechtsextremismus der Zukunft kann auf ein breiteres soziales Potenzial und höheren Bildungsniveaus aufbauen, er ist mit modernen Technologien wohl vertraut und hat vielfältige Kompetenzen akkumuliert.

Die Fähigkeit geschickten Umgangs in unfreundlicher und repressiver demokratischer Umgebung ist bei gleichzeitiger Fähigkeit, neue Anhänger und Sympathisanten für Weltbild und Engagement zu gewinnen, gewachsen. Die ideologisch begründete und mental ausgeprägte Aggressivität von rechtsextremen Gruppen und Personen ist weiter deutlich ausgeprägt und zugleich mit der Fähigkeit zu politisch motivierter Disziplin verbunden, wenn es die rechtsextreme Sache zu erfordern scheint.

Es gibt heute eine ausgebildete und sehr differenzierte rechtsextreme Ideologie- und Kulturwelt, mit Mode-, Musik-, Literatur-, Film- und Internetangeboten, eine eigene Kulturindustrie mit Verlagen und Vertriebsstrecken auf kommerzieller Basis, legal, illegal und in rechtlichen Grauzonen angesiedelt. Ihr Einfluss reicht in jeden Ort der Republik. In manchen Orten haben rechtsextreme Gruppen einen erheblichen sozialen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben aufgebaut und die Vertreibung oder das Ruhigstellen von Kritikern durchgesetzt. Nicht selten fließen ihnen heimliche oder offene Sympathien zu. Helfer und Helfershelfer haben sich in staatlichen Berufen eingenistet. Eigene Wirtschaftsstrukturen in Handwerk-, Gewerbe-, Landwirtschaft, Dienstleistungsbereich, Gastronomie und Handelstätigkeit haben sich entwickelt. In manchen Regionen entstanden mafios anmutende Geflechte aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Unternehmungen, die von einzelnen Personen oder kleinen Gruppen als Paten geführt und beherrscht werden. Multikulturelle Zusammenarbeit widerspricht einem offen vertretenen Rassismus dabei nicht.

Der Staat reagiert auf diese Entwicklungen wenig strategisch. Seine Reaktionen sind verzerrt und setzen auf eine über ein Sonderprogrammwesen bezahlte verstaatlichte Zivilgesellschaft und deren Engagement, das sich zumeist im semiprofessionellen Bereich angesiedelt hat, wengleich diese Engagements sicher von hohem sozialen Wert sind, zeigen sie doch öffentliche Gegenpositionen und stellen somit Begrenzungen rechtsextremer Einflussmacht dar. Die Qualität staatlichen Handelns stellt keine Option staatlicher Politik und Verwaltung dar, die ein bürokratisches, kleinstaatlerisches und ämteregoistisches Eigenleben kultiviert. Die Innere Sicherheit und justizielle Repression sind äußerst fragil, weniger wirksam und wirkungsseitig sozial überschätzt. Die Gefängnisse fungieren eher als Brut- denn als Deprogrammierungsinstitute des rechtsextremen Ideologie- und Verhaltensprogramms. Nach der Aufdeckung des Rechtsstaatsskandals der NSU-Morde im November 2011, sind bis auf wenige Veränderungen in der Polizei alle Verhältnisse so geblieben wie gehabt. Der Staat sieht über alle Ebenen und quer durch die herrschenden Parteien und Institutionen keine Veranlassung, grundlegend auf die Situation gerade auch zukunftsbezogen zu reagieren.

2. Rechtsextreme Parteien

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), seit 1964 ein Bannerträger des deutschen Rechtsextremismus ist faktisch mit der Deutschen Volksunion (DVU) verschmolzen. Die Fusionsbewegung ließ einen Kraftzuwachs der Partei erwarten, was jedoch ausblieb. Die neue Partei nennt sich heute NPD - Die Volksunion. Sie selbst definiert sich als Volkspartei. Die Parteiorganisationen, die oft eng mit den Freien Kräften des Nationalsozialismus zusammenarbeiten oder sogar mit ihnen verschmolzen sind, arbeiten weiter an einem territorialen und logistischen sowie kaderseitigen Strukturausbau, der intern als voranschreitend bewertet wird. Daneben werden Agitation und Propaganda großgeschrieben und ein reges Demonstrationsgeschehen in Gang gehalten, das mehr durch Anzahl als durch Bedeutung hervorsteicht. Auch im rechtsextremen Kulturbetrieb und Pressewesen ist die NPD mit der Deutschen Stimme präsent. Die Arbeit im Internet ist modernisiert worden.

Das Verhältnis zu den Freien Kräften ist seit der Beerdigung des ehemaligen Führers der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), das Mutterschiff vieler Freien Kameraden, nicht ungetrübt, da es über die Symbolik der Beerdigung und seine politisch-strategische Bedeutung zum Dissens kam.

Auf der politischen Bühne spielen Parteigliederungen derzeit in zwei Landesparlamenten, in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, jenen Bundesländern, die zu Schwerpunkten erklärt wurden. Die NPD verfügt über 300 Mandate in den Kommunalparlamenten von 15 Ländern, die meisten davon mit 74 in den Kreistagen und Ortsparlamenten in Sachsen.

Ideologisch herrscht völkisches, nationalistisches Denken in der NPD vor. Rassismus ist eine geistige Grundlage, wenn er auch nicht nur primitiv daherkommt und vielfältige Begründungen erfährt. Als eine menschenrechtliche Lebensgrundlage kann dieser mehr oder weniger sublimierte Rassismus indes nicht durchgehen, umgekehrt weckt er niedere Instinkte und stachelt nicht selten Protagonisten zu Gewalt und anderen Taten zulasten von Rechten und Freiheiten Betroffener auf.

Die soziale Frage ist seit mehr als zehn Jahren in den Vordergrund genommen worden, die Interessen des so genannten kleinen Mannes werden aufgegriffen. Trotzdem gelingt es auf sozialem Gebiet nicht, politisch überzeugende Angebote zu präsentieren.

Der Geist der großen Mehrheit der Parteigänger ist tief im alten Nationalsozialismus der NSDAP verankert. Er lebt von alten Themen und Bildern, auch wenn sie optisch-ästhetisch erneuert oder neu kontextualisiert wurden. Das tut aber der Wirkung jedoch nicht immer Abbruch, da diese Mischung beim Publikum offensichtlich ankommt.

Gewalt wird durch die NPD aus guten Gründen nicht gepredigt. Trotzdem kann es umstritten bleiben, ob die Partei einen militanten Charakter besitzt, da aus der Partei heraus und um die Partei herum Gewalt verbal und real allgegenwärtig ist. Sie wird durch eine Gewaltaura umwölkt, die sich auch bis in das Demonstrationsgeschehen fortsetzt. Insofern gibt es eine Tendenz der faktischen Aufhebung des Parteicharakters, eine Gefahr, die die Parteiführung erkannt hat und durch die Veränderung des äußeren Bildes hin zu einer bürgerlichen Reputierlichkeit zu beheben gedenkt. Das ist für das Betreiben eines Verbotes von erheblicher Bedeutung, da es unter diesen Umständen schwer fällt, den verfassungswidrigen Charakter der Partei aktuell nachzuweisen.

3. Rechtsextreme Gewalt und ihre Trägergruppen

Rechtsextreme Gewalt erfolgt aus völkisch-nationalistischen oft nationalsozialistischen Gruppen heraus. Sie zeigen sich im Spektrum rassistisch, antikapitalistisch, linkenfeindlich, antikommunistisch, antisemitisch, homosexuellenfeindlich, antiislamisch, antisozial und staatsfeindlich. Einige arbeiten am Endkampf gegen die Juden, das Finanzkapital, den demokratischen Staat, gegen die rassische und religiöse Überfremdung, den so genannten Volkstod mit Waffengewalt und anderen Formen der Militanz, Morde und schwere Körperverletzungen gehören dazu wie das Gewalttraining und alle Arten von Vorbereitungen einschließlich terroristischer Instrumentarien. Die entsprechende ideologische Rhetorik und Ästhetik rahmt und grundiert das politische Geschäft.

Zumeist wird der Kampf im Namen eines Nationalen Widerstandes ausgeübt, der die durch die USA-Fremdherrschaft nach dem II. Weltkrieg als oktroyiert angesehene Demokratie und die vorgebliche kapitalistisch-jüdische Ökonomie brechen will. Der dazu installierte Nationale Widerstand untermauert ideologisch sowie politisch-moralisch soziale und Raumordnungsansprüche und soll Vertreibungen von Feinden sichern, Bestrafungen, Feme exekutieren, bis in die eigenen Reihen gegenüber